

---

Hans-Jochen Vogel

---

## **SPD und Gewerkschaften\***

---

Dr. Hans-Jochen Vogel, geb. 1926 in Göttingen, ist Vorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die deutschen Gewerkschaften gehören zu den prägenden Faktoren unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Beide haben auf die politische und die soziale Entwicklung unseres Volkes seit über 100 Jahren einen entscheidenden Einfluß genommen. Beide verstehen sich als reformerische Zusammenschlüsse, die nicht nur innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung wirken, sondern die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die Gesellschaftsordnung selbst nach Maßgabe ihrer Grundsatzprogramme zu verändern trachten. Und beide sind schließlich in dem Sinne demokratische Massenorganisationen, daß sie eine möglichst hohe Anzahl von Menschen als Mitglieder gewinnen und diese kontinuierlich an ihrer Willensbildung beteiligen wollen.

Hinsichtlich der organisatorischen Stärke bestehen dabei beträchtliche Unterschiede. Auf der gewerkschaftlichen Seite zählt allein der DGB in 17 Einzelgewerkschaften mehr als 7,7 Millionen Mitglieder und rund 9 500 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Rund 500 000 weitere Männer und Frauen sind in der DAG organisiert, die über rund 1000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt.

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehören gegenwärtig rund 910 000 Männer und Frauen an. Hauptamtlich sind für sie - von den Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen einmal abgesehen - auf den verschiedenen politischen Ebenen insgesamt 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Zuletzt hat sie bei der Bundestagswahl 1987 14 Millionen Wahlstimmen auf sich vereinigt.

---

\* Leicht gekürzte Fassung eines Vortrags vor dem Gesprächskreis „Gewerkschaft und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Zahl der Doppelmitgliedschaften, also der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und zur SPD, läßt sich nicht exakt feststellen, ist aber nach wie vor erheblich. So sind beispielsweise von den 193 Mitgliedern der Bundestagsfraktion 188 und von den zur Zeit 42 Mitgliedern des Parteivorstandes alle ohne Ausnahme gewerkschaftlich organisiert. Umgekehrt sind von den 17 Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften 16 und von den 9 Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB 7 Sozialdemokraten. Von den 9 Bundesvorstandsmitgliedern der DAG sind 6 - darunter der Vorsitzende - Sozialdemokraten.

Schon in Anbetracht der genannten Zielsetzungen und Fakten kommt dem Verhältnis beider Organisationen zueinander eine erhebliche Bedeutung zu. Insbesondere ist wichtig, ob und wie sie miteinander kooperieren, welche Grundsätze für die Kooperation maßgebend sind und welche Probleme sie als gemeinsame oder doch als parallel zu lösende Probleme betrachten.

#### Historischer Hintergrund und aktueller Stand

Niemand wird das Verhältnis der beiden Organisationen zutreffend würdigen können, der ihre Geschichte außer Betracht läßt. Diese Geschichte zeigt, daß beide aus derselben historischen Wurzel hervorgegangen sind. Beide haben ihre Ursprünge in der Handwerker- und Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Und für beide gilt, daß die Empörung über die elenden Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien und über ihre politische und soziale Deklassierung die stärkste Antriebskraft für ihre Entstehung und ihr Anwachsen war. In Einklang damit waren beispielsweise die Forderungen, für die die Gewerkschaften seit dem historischen Beschluß des Pariser Internationalen Arbeiterkongresses vom Juli 1889 jeweils am 1. Mai demonstrierten, nämlich die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag, nach einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung und nach der Erhaltung des Friedens mit entsprechenden sozialdemokratischen Forderungen identisch.

Das organisatorische Selbstverständnis der Gewerkschaften entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur allmählich. Zunächst bestand ein kaum angefochtener Vorrang der Partei und ihrer Führung, in der nicht wenige die Gewerkschaften als nachgeordnete Zusammenschlüsse ansahen, die sich an den politischen Vorgaben der Partei zu orientieren hatten. Dabei spielte auch die Sorge eine Rolle, die Gewerkschaften seien zu sehr geneigt, sich innerhalb der bestehenden Ordnung zu etablieren und darüber den Kampf um die neue und gerechtere Gesellschaftsordnung zu vernachlässigen. Umgekehrt befürchteten die selbstbewußter gewordenen Gewerkschaften, die Partei wolle über den Einsatz ihres Hauptkampfmittels, des Streiks, für politische Zwecke - etwa als Massenstreik im Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht - an ihrer Stelle entscheiden.

Aus der jahrelangen Diskussion über dieses Thema ging das sogenannte „Mannheimer Abkommen“ zwischen der SPD und den Gewerkschaften hervor, das 1906 vom Mannheimer Parteitag der Sozialdemokraten mit großer

Mehrheit gebilligt wurde. In diesem Abkommen anerkannte die Partei die Selbständigkeit der Gewerkschaften und ihre Gleichrangigkeit mit der Partei. Wörtlich heißt es dazu im Parteitagsbeschluß unter anderem: „Die Gewerkschaften stehen an Wichtigkeit hinter der Sozialdemokratischen Partei nicht zurück.“ Zugleich wird die Übereinstimmung in den Zielsetzungen betont und schließlich festgestellt: „Beide Organisationen sind in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.“

Diese Verständigung blieb für die Beziehungen zwischen den zunächst unter der sogenannten Generalkommission vereinigten und seit 1919 im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Freien Gewerkschaften und der SPD über Jahrzehnte hin maßgebend. Und auf dieser Grundlage teilten die Gewerkschaften auch weithin das Schicksal der SPD. Sie wuchsen mit der Partei in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und übertrafen sie bald an Mitgliederzahl. Sie erlangten eine sozialstaatlichen und demokratischen Grundsätzen entsprechende rechtliche Sicherung ihrer Wirkungsmöglichkeiten durch die Entscheidungen des Rats der Volksbeauftragten im November und Dezember 1918 und durch die Verfassung der Weimarer Republik. Und sie wurden ebenso wie die SPD als Träger der freiheitlichen, demokratischen und sozialstaatlichen Errungenschaften von Weimar zum Opfer von Verbot und Verfolgung, als die Republik, die sie im Jahr 1920 mit der Waffe des Generalstreiks wirksam gegen den reaktionären Anschlag des Kapp-Putsches verteidigt hatten, zugrunde ging. Auch das Schicksal der Verfolgung während der NS-Gewaltherrschaft teilten sie miteinander.

Nach 1945 schlossen sich die früheren Richtungsgewerkschaften - also vor allem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die dem Zentrum nahestehenden Christlichen Gewerkschaften - unter dem Eindruck ihrer Erfahrungen aus der Weimarer Republik und während der NS-Gewaltherrschaft zur Einheitsgewerkschaft zusammen. Ein Schritt, den die SPD von Anfang an befürwortet hat und dem für die Gewerkschaftsbewegung zu Recht historischer Rang beigemessen wird. Für die Beziehungen zwischen der SPD und den Gewerkschaften brachte der Übergang zur Einheitsgewerkschaft keine grundsätzliche Modifikation. An der Gemeinsamkeit der Ziele und der weitgehenden Überschneidung in der Mitgliedschaft änderte dies nichts. Alle wesentlichen sozialen Verbesserungen seit 1949 erkämpften SPD und Gewerkschaften jedenfalls gemeinsam, wobei das operative Schwergewicht teils - so beim Kampf um die Montanmitbestimmung, die Lohnfortzahlung für die Arbeiter im Krankheitsfälle oder die Arbeitszeitverkürzung - mehr bei den Gewerkschaften, teils - so bei der Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder den Verbesserungen des Systems der Sozialen Sicherungen — mehr bei der SPD lag. Es ist kein Zufall, daß die wichtigsten dieser Fortschritte in die Amtszeit sozialdemokratischer Bundeskanzler, also in die Jahre 1969 bis 1982 fielen.

Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen hat es in all diesen Jahren immer wieder einmal gegeben. Zu ernsteren Belastungen des Verhältnisses ist

es jedoch bis zum Beginn dieses Jahres im Grunde nur zweimal gekommen. Einmal 1981/82 in der Endphase der sozialliberalen Koalition, in der sich die Gewerkschaften auch öffentlich und in großen Protestkundgebungen gegen die Kürzungsmaßnahmen der damaligen Bundesregierung im sozialen Bereich wandten. Und sodann zwischen 1982 und 1986, als sich die SPD durch die Vorgänge bei der Neuen Heimat in Mitleidenschaft gezogen sah und darunter in mehreren Wahlkämpfen erheblich zu leiden hatte.

Im Vordergrund stand jedoch nach dem Wechsel in Bonn die Erkenntnis, daß die Abwehr der sich an amerikanischen und englischen Vorbildern orientierenden Regierungspolitik der Zurückdrängung und des Abbaus von Arbeitnehmerrechten ein besonderes Maß an Solidarität erfordert. Diese Solidarität ist unter anderem 1984 beim Ringen der Gewerkschaften um die Arbeitszeitverkürzung und dann beim Kampf gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) unter Beweis gestellt worden. Nicht zuletzt dadurch hat sich das Klima zwischen der SPD und den Gewerkschaften seit 1983 wieder fühlbar verbessert.

Ob die jüngsten Auseinandersetzungen über die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeitverkürzung, Einkommensbemessung und Arbeitslosigkeit zu einer längerfristigen Korrektur dieser Einschätzung führen werden, läßt sich heute noch nicht abschließend beurteilen. Die Irritationen hatten zunächst deshalb ein beträchtliches Ausmaß angenommen, weil die Auseinandersetzungen ihren Anfang im zeitlichen Zusammenhang mit einem Arbeitskampf genommen haben, weil vorübergehend der Eindruck entstand, Arbeitnehmern solle ein Lohnverzicht zugemutet werden und weil vor allem von Gegnern der Gewerkschaften im konservativen Lager der Anschein erweckt wurde, als sollten die Gewerkschaften für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Auch die Schärfe des Tones, der mitunter angeschlagen wurde, hat die Irritationen verstärkt. Inzwischen ist jedoch durch das Gespräch vom 25. April 1988<sup>1</sup> eine Versachlichung eingetreten, die eine Konzentration auf das Kernthema, nämlich auf die Suche nach den besten Mitteln zur Überwindung des gesellschaftlichen Skandals der Massenarbeitslosigkeit erhoffen läßt. Die Verständigung darüber, daß kein Arbeitnehmer nach einer Arbeitszeitverkürzung weniger Lohn beziehungsweise Gehalt bekommen soll als vorher und daß höhere Einkommen stärker zu Gemeinschaftsleistungen herangezogen werden müssen als die durchschnittlichen Einkommen, hat diese Versachlichung erleichtert, auch wenn sich die Auffassungen darüber, auf welchem Wege letzteres erreicht werden soll, weiterhin unterscheiden...

#### Grundsätze der Zusammenarbeit

Aus den Erfahrungen von über 100 Jahren praktischen Miteinander haben sich für diese Zusammenarbeit und das gegenseitige Verhältnis seit dem Mannheimer Abkommen eine Reihe von Grundsätzen ergeben, die nirgends

---

<sup>1</sup> Zwischen führenden Vertretern von SPD und Gewerkschaften.

schriftlich festgelegt oder gar förmlich vereinbart worden sind, deren fortdauernde Geltung aber als gesichert angesehen werden kann...:

1. Die Gewerkschaften und die SPD anerkennen und respektieren wechselseitig ihre Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Die SPD ist keine Gewerkschaftspartei, die Gewerkschaften sind keine sozialdemokratischen Richtungsorganisationen.

2. Die Gewerkschaften und die SPD stimmen nach Maßgabe ihrer Grundsatzprogramme und Grundsatzbeschlüsse in der Einschätzung zahlreicher gesellschaftlich relevanter Sachverhalte und in wesentlichen Zielvorstellungen überein.

3. Die Gewerkschaften sind die organisierte Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft - und zwar unabhängig von der parteipolitischen Orientierung des einzelnen Arbeitnehmers. Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit liegt in der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, insbesondere auf dem Wege der Mitbestimmung und der Tarif politik, letzteres notfalls mit dem Mittel des Arbeitskampfes. Sie haben darüber hinaus das Recht und den Auftrag, überall da auf den politischen Prozeß Einfluß zu nehmen, wo es um Arbeitnehmerinteressen geht. Dabei sind sie parteipolitisch unabhängig. Ihre Nähe oder Distanz zu den verschiedenen Parteien ergibt sich aus deren Haltung zu den gewerkschaftlichen Vorstellungen. Die Gewerkschaften sind keine Ersatzpartei. Sie bedürfen vielmehr auf den Gebieten, die ihrer unmittelbaren Gestaltungskompetenz entzogen sind, zur Erreichung ihrer Ziele parlamentarischer Mehrheiten, die sich diese Ziele aus eigenem Entschluß ganz oder teilweise zu eigen machen.

Die SPD ist die Unke Volkspartei, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und eine Gesellschaftsordnung eintritt, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit gestalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit teilnehmen kann. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bilden jetzt und auch in Zukunft den Kern der Partei. Sie ist aber ebenso für Selbständige und andere Nicht-Arbeitnehmer offen, die sich zu ihren Zielen bekennen. Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit liegt auf der politischen Ebene; sie umspannt alle Felder der Politik. Sie trägt deshalb auch eine Gesamtverantwortung, die über den Bereich der gewerkschaftlichen Verantwortung hinausreicht.

4. Gewerkschaftliche Vorstellungen können im Einzelfall mit sozialdemokratischen Entscheidungen, gewerkschaftliche Entscheidungen mit sozialdemokratischen Vorstellungen in Konflikt geraten. In solchen Fällen müssen Konflikte, die sich nicht durch Kompromisse beilegen lassen, auch ausgeglichen werden. Dies sollte jedoch in Formen geschehen, bei denen die Notwendigkeit künftiger Zusammenarbeit nicht aus den Augen verloren und nicht übersehen wird, daß die Schwächung des einen in aller Regel auch die Schwä-

chung des anderen und zumeist eine Stärkung der konservativen, wenn nicht der reaktionären Kräfte bedeutet.

Will man diese Grundsätze auf den Begriff bringen, so bietet sich dafür nach meiner Ansicht der Begriff einer *interessen- und zielorientierten Zusammenarbeit* an. Er scheint mir den objektiven Gegebenheiten am besten zu entsprechen. Der Begriff des Bündnisses, der auch verwandt wird, reicht demgegenüber teils zu weit und teils nicht weit genug. Zu weit, weil er ein Maß an wechselseitiger Abhängigkeit suggeriert, das so nicht existiert. Und nicht weit genug, weil er nicht erkennen läßt, wie stark die Ziele und Interessen unbeschadet der jeweiligen äußeren Form bestimmter Kooperationen übereinstimmen.

Davon ganz unabhängig wissen Gewerkschaften und SPD aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrungen sehr genau: Die wichtigsten ihrer Ziele erreichen sie gemeinsam oder gar nicht. Sie sind aufeinander angewiesen. Das würde keine andere Partei von sich sagen. Darin - nicht in irgendwelchen Absprachen - liegt auch der Grund dafür, daß sich das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften von dem Verhältnis zu den anderen Parteien selbst noch dann wahrnehmbar unterscheidet, wenn sie Kontroversen austragen.

#### Probleme und Herausforderungen

Auf diesem Hintergrund sehen sich SPD und Gewerkschaften einer Reihe von Problemen und Herausforderungen gegenüber, die nur in einer gemeinsamen Anstrengung oder in parallelen Anstrengungen zu bewältigen sind.

Die *allgemeinen Herausforderungen* umfassen das gesamte Feld der Politik und reichen von der Friedenssicherung über die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Behauptung und den Ausbau der sozialen Sicherheit und den Umgang mit der Natur bis hin zur Bewahrung der inneren Liberalität. Es würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen, auch nur die wichtigsten unter dem Blickwinkel des Verhältnisses zwischen SPD und Gewerkschaften abzuhandeln. Das gilt insbesondere für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Sie ist ohne Zweifel zu einem der wichtigsten Prüfsteine, wenn nicht zu dem wichtigsten Prüfstein der Zusammenarbeit geworden. Wenn umfassende Anstrengungen beider Organisationen gefordert sind, wenn sich Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren zu bewähren hat - dann hier. Gerade dies verbietet es aber, ... einen Problemkreis nur zu streifen, mit dem wir uns in den nächsten Wochen und Monaten mit noch größerer Intensität zu beschäftigen haben als bisher.

Ich beschränke mich deshalb auf drei sehr verschiedenartige, für das Thema aber aufschlußreiche Entwicklungen, aus denen sich allgemeine Folgerungen ableiten lassen.

1. Ich nenne als erstes Beispiel die Vorgänge um das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen. Hier ist deutlich geworden, daß der Markt und der ökonomische Selbstlauf zu Ergebnissen führen, die sozial und regional schlimme Auswir-

klingen haben, weil nicht nur ein einzelnes Werk, sondern ein ganzes Umfeld existentiell betroffen ist. Ebenso hat sich gezeigt, daß Unternehmensleitungen in einer solchen Situation in der äußeren Form ihres Vorgehens zunächst einmal auf geradezu frühkapitalistische Verhaltensweisen zurückgreifen und damit zusätzliches Konfliktpotential schaffen. Es ist aber auch deutlich geworden, daß die Betroffenen nicht in jedem Fall gewillt sind, eine solche Entwicklung widerstandslos hinzunehmen; daß sich vielmehr eine breite Solidarisierung quer durch alle Bevölkerungskreise vollzogen und auf diese Weise eine Gegenmacht formiert hat, die wesentlich zum Zustandekommen der sogenannten Ruhrgebietskonferenz und dazu beigetragen hat, daß die Bundesregierung dort konkrete Ankündigungen und Zusagen artikuliert hat. Und auch dazu, daß zwar die teilweise Stilllegung nicht verhindert werden konnte, die sich jetzt abzeichnenden Bedingungen sich aber deutlich von dem ursprünglichen Diktat der Unternehmensleitung unterscheiden.

Das zeigt zweierlei: Es zeigt zum ersten, daß sich das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und das Gebot gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik nicht von selbst verwirklicht. Dazu bedarf es vielmehr eines öffentlichen Drucks, dessen Stärke dem Maß der Gefährdung und dem Maß der Handlungsbereitschaft oder Handlungsunwüligkeit der Verantwortlichen entsprechen muß. Zum zweiten zeigt es, daß breite Solidarisierungen erreicht werden können und daß Betroffene bereit sind, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Mit einem Wort: Hier ist ein Funke übergesprungen und hat alte Erfahrungsmuster plötzlich wieder lebendig werden lassen. Das ist nicht beliebig wiederholbar. Aber es erinnert Gewerkschaften und SPD daran, wo die gemeinsamen Wurzeln ihrer Kraft hegen.

2. Da ist wieder die Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomkraft. Ich erwähne sie deshalb, weil an ihr deutlich wird, wie kontroverse Diskussionsprozesse über ein wesentliches gesellschaftliches Thema, das die Partei und die Gewerkschaften in gleicher Weise beschäftigt, auch ablaufen können. Die Diskussion ist noch nicht endgültig abgeschlossen, weil insbesondere im gewerkschaftlichen Bereich die Meinungen darüber, innerhalb welchen Zeitraums eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft gewährleistet werden kann, noch auseinandergehen. Dennoch erscheinen folgende Feststellungen schon jetzt gerechtfertigt:

SPD und Gewerkschaften haben sich der Herausforderung gestellt und sind damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht geworden, während sich andere mit der Bagatellisierung des Themas und einem engstirnigen „weiter so“ begnügten und noch begnügen. Sie haben dabei auch innerorganisatorische Spannungen in Kauf genommen und die bei Großorganisationen nicht seltene Gefahr der Selbstblockade durch Ausweichen in Formelkompromisse oder allgemeine Wendungen vermieden. Entsprechend ihrer umfassenden politischen Zuständigkeit lag dabei die Meinungsführerschaft über

lange Zeit bei der SPD, die ihre Position in einem mühsamen, mitunter sogar quälenden Diskussions- und Lernprozeß erarbeitete und nach den vorangegangenen Beschlüssen von München und Essen auf dem Nürnberger Parteitag 1986 in eine endgültige Fassung brachte.

Die Gewerkschaften haben in einem eigenständigen Ablauf eine vergleichbare Meinungsbildung absolviert, die inzwischen auf dem DGB-Bundeskongreß 1986 in Hamburg und bei der DAG 1987 in Hannover zu Beschlüssen geführt hat, deren Intention mit den Nürnberger Beschlüssen der SPD durchaus übereinstimmt. Es entspricht der Aufgabe der Gewerkschaften, daß vor allem in den Beschlüssen der fachlich zuständigen Einzelorganisationen die Interessenlagen der in der Atomwirtschaft tätigen und der von ihr abhängigen Arbeitnehmer besonders gewürdigt worden sind. Die Partei, die sich dieses Gesichtspunktes auch selber stets bewußt war, hat dafür volles Verständnis.

Das konstruktive Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften und SPD auf diesem Gebiet muß sich jetzt auch bei der weiteren Konkretisierung der notwendigen Maßnahmen bewähren. Das gilt für die nähere Ausgestaltung eines Atomenergie-Abwicklungsgesetzes, für die Erarbeitung eines neuen Energie-Wirtschaftsgesetzes, das das Schwergewicht auf den sparsamen Umgang mit der Energie legt und für eine entsprechende Novellierung der Tarifordnung Elektrizität. Das gilt aber auch für die entschlossene Förderung alternativer und regenerativer Energiegewinnungen wie etwa der Solarenergie. Daß auf all diesen Feldern Eile geboten ist, haben die schlimmen Enthüllungen über Machenschaften in der Atomwirtschaft, aber auch die Abstürze von Tieffliegern in der Nähe von Kernkraftwerken inzwischen wohl auch den letzten Zweiflern bewußt gemacht.

3. Zeigt mein erstes Beispiel, welcher Stellenwert der gemeinsamen Mobilisierung breiter Solidarität unverändert zukommt und das zweite, wie wichtig es ist, daß Antworten auf große gesellschaftliche Herausforderungen in Diskussionsprozessen gefunden werden, die SPD und Gewerkschaften in gleicher Weise und unter wechselseitiger Befruchtung vorantreiben, so will ich mit dem dritten Beispiel die Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken, dessen vollständige Wahrnehmung noch vor uns liegt. Ich meine die europäische Einigung und insbesondere die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992.

Sowohl die Gewerkschaften als auch die SPD bekennen sich uneingeschränkt zur Einigung Europas. Aber wichtige Aspekte dieser Einigung stehen noch nicht im allgemeinen Bewußtsein der jeweiligen Mitgliedschaft. Und es fehlt auch noch an der konkreten Vorstellung von den einschneidenden Änderungen, die mit der Schaffung des Binnenmarktes verbunden sind. Ich nenne nur die Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse in wichtigen Branchen, die Notwendigkeit, rasch zu einer gemeinsamen europäischen Währung zu gelangen und die Notwendigkeit, unsere besonderen sozialen Errungen-

schaften, wie etwa die Mitbestimmung, zu bewahren. Andererseits müssen wir uns darüber klar werden, daß wichtige Elemente des demokratischen Sozialismus nur noch im europäischen Rahmen, nicht mehr aber im nationalen Rahmen verwirklicht werden können.

Ich bin nicht sicher, daß unsere Frühwarnsysteme insoweit schon ausreichend funktioniert haben. Jedenfalls ist es hoch an der Zeit, daß wir uns argumentations- und auch aktionsfähig machen. Sonst haben wir es alsbald entweder mit vollendeten Tatsachen oder - was nicht weniger bedenklich wäre - mit versäumten Gelegenheiten zu tun.

Vielleicht noch wichtiger sind für das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und der SPD auf längere Sicht unsere *spezifischen Probleme*; das heißt die Probleme, von deren Bewältigung unser politisches beziehungsweise soziales Gewicht und unser Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung abhängt. Ich konzentriere mich dabei auf Probleme, die sich für beide Organisationen in ähnlicher, wenn nicht in gleicher Weise stellen.

Im Mittelpunkt steht dabei für mich die rasche Veränderung sozialer Strukturen und die ebenso rasche Veränderung der individuellen Lebensgestaltung und der Lebensentwürfe. Die von mir soeben erwähnte Europäisierung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche ist dabei nur ein Aspekt und nicht einmal der gewichtigste. Viel gewichtiger ist die Zunahme des Dienstleistungssektors auf Kosten des Produktionssektors hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten. Hand in Hand damit geht der Rückgang der Schwerindustrie und die Auflösung, zumindest aber Schwächung der Milieus, die seit Beginn der Industrialisierung für einen relevanten Teil der Arbeitnehmerschaft, ja für ganze Regionen prägend waren. Gleichzeitig wächst der Anteil der Angestellten, während der Anteil der Arbeiter zurückgeht. Auch die Teilzeitbeschäftigung nimmt zu. Triebfeder dieser Entwicklung ist der technologische Prozeß, in dessen Verlauf insbesondere die Roboterisierung und die Mikroelektronik immer weiter vordringen und nach der körperlichen Arbeit auch intellektuelle Leistungen der Steuerung und Kontrolle substituieren. Gleichzeitig beobachten wir einen Individualisierungsschub. Nicht zuletzt als Ergebnis der Bildungsreform wächst die Zahl der Menschen, die sich aus herkömmlichen Bindungen und Werdegängen lösen und über ihre Lebensführung und ihre Lebensplanung individuell entscheiden. Das gilt im besonderen für die Frauen, die - nicht nur im Arbeitsleben - das überkommene Rollenverständnis überwinden und ihre volle Gleichstellung und Gleichberechtigung einfordern.

In diesem Zusammenhang ist eine Diskussion über den Begriff und die Zukunft der Arbeit in Gang gekommen. Dabei wird die Ansicht vertreten, daß die Erwerbsarbeit insgesamt an Bedeutung verliere und der Begriff der Arbeit auf alle Formen nützlicher Tätigkeit ausgedehnt werden müsse, also auch auf Tätigkeiten im häuslichen Bereich oder im sozialen Umfeld. Das wird uns bei der Vorbereitung unseres neuen Grundsatzprogrammes noch intensiv beschäftigen. Meines Erachtens werden die Erwerbsarbeit, das Erwerbsein-

kommen und die daran gekoppelten Systeme der sozialen Sicherheit die Lebenswirklichkeit der großen Mehrheit unseres Volkes noch auf lange Zeit entscheidend prägen. Aber der Zeitanteil, der nicht durch die Erwerbsarbeit in Anspruch genommen ist, wird schon wegen der fortschreitenden Arbeitszeitverkürzung weiter steigen. Und auch das wird die Individualisierung befördern.

Diese Entwicklung birgt Risiken und Chancen in sich. Sie kann zur Auflösung der Solidargemeinschaften, zur Sinnentleerung der Arbeit und unter den Stichworten der „Flexibilisierung“ und der „Deregulierung“ zur weiteren Steigerung der Macht der Kapitaleigner und nicht nur zur Atomisierung der Gesellschaft, sondern auch zu ihrer Aufspaltung in eine Mehrheit führen, deren materieller Wohlstand schnell weiter zunimmt und in eine Minderheit, die zurückfällt und Zug um Zug ausgegrenzt wird. Das vor allem dann, wenn sich - was aus vielerlei Gründen zu erwarten steht - das Wachstum insgesamt verlangsamt.

Die gleiche Entwicklung kann aber auch die Lebensqualität aller erhöhen, die Selbstverantwortung der einzelnen stärken, ohne die Bande der Solidarität zu zerreißen, die ökonomischen und technischen Prozesse transparenter und die Arbeitsabläufe humaner werden lassen und uns einer Gesellschaftsordnung näher bringen, in der die Prinzipien der Demokratie auch für die Wirtschaft gelten. Und in der - um es mit einem Satz aus der katholischen Soziallehre zu umschreiben - nicht länger mehr das Kapital die Arbeit, sondern endlich die Arbeit das Kapital in den Dienst nimmt.

Welche der beiden Varianten Wirklichkeit wird, hängt ebenso wie der Friedensschluß mit der Natur und die Sicherung des Friedens davon ab, ob die Entwicklung sich selbst überlassen bleibt oder ob es gelingt, sie unter sozialen, ökologischen und allgemein humanen Kriterien unter Kontrolle zu halten und zu gestalten. Das heißt aber, ob sich die Kräfte, die zur Gestaltung willens und fähig sind, als stark genug erweisen.

Solche Kräfte gibt es auch außerhalb unserer Reihen - etwa im Bereich der Wissenschaft und im Bereich der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik -, und wir sollten sie nicht gering schätzen. Auch die neuen Bewegungen spielen dabei eine insgesamt durchaus konstruktive Rolle, weil sie das Bewußtsein für kritische und gefährliche Entwicklungen schärfen.

Dennoch: Die SPD und die Gewerkschaften sind und bleiben das Zentrum der reformerischen und gestaltungswilligen Kräfte. Ihre Auflösung in lockere Zusammenschlüsse von Initiativen und Gruppen, die sich ad hoc bilden und wieder auseinandergehen, würde diese Kräfte entscheidend schwächen und die weitere Entwicklung den konservativ-reaktionären Kräften und den „Weiter-so“-Strategen, das heißt aber weitgehend dem Selbstlauf, überlassen.

Weil das die Gewerkschaften ebensowenig wollen wie die SPD, ist eine doppelte Anstrengung erforderlich. Beide Organisationen müssen jeweils für

ihren Bereich überzeugende Entwürfe dafür erarbeiten, wie sie den Gefahren des tiefgreifenden Strukturwandels begegnen und wie sie seine Chancen nutzen wollen, um eine Gesellschaftsordnung zu gewährleisten, die immer aufs Neue ein Höchstmaß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht. Die einfache Fortschreibung der bisherigen Programme reicht dafür nicht aus. Notwendig sind kühne, unkonventionelle und auch kontroverse Ansätze. Notwendig ist der Mut zum Umbau, zum neuen Denken, zu dem, was Gorbatschow für sein System „Perestroika“ nennt, auch in unseren Umfeldern. Die SPD hat dazu mit ihren Nürnberger Beschlüssen einen Beitrag geleistet. Und sie setzt ihre Bemühungen mit den Arbeiten an einem neuen Grundsatzprogramm fort. Die Gewerkschaften haben auf ihre Weise vergleichbares in die Wege geleitet. Und werden das sicherlich in Zukunft noch verstärkt tun.

Die von mir geschilderten Strukturveränderungen bedeuten aber für beide Organisationen auch eine große organisatorische Herausforderung. Wie Franz Steinkühler kürzlich in einem bemerkenswerten Referat gesagt hat, können die Gewerkschaften hinsichtlich des Zugangs neuer Mitglieder nicht mehr mit dem - wie er es nannte - „stummen Zwang des Milieus“ rechnen. Die Bereitschaft sich zu organisieren, muß vielmehr im Einzelfall geweckt, die Menschen müssen dort aufgesucht und abgeholt werden, wo sie sich befinden. Teilzeitbeschäftigte und Angestellte, diese zumal in mittleren und kleineren Dienstleistungsbetrieben, sind eben schwerer zu erreichen als Schichtarbeiter in einem großen Produktionsbetrieb. Und es wird künftig häufig intensiverer Überzeugungsarbeit bedürfen, wo bisher solidarisches Verhalten selbstverständlich war, weil es der eigenen unmittelbaren Lebenserfahrung und zudem tradierten Verhaltensmustern entsprach. Diese Überzeugungsarbeit muß deutlich machen, daß individuelle Lebensführung auf die durch solidarische Anstrengungen geschaffenen Systeme der sozialen Sicherheit nicht verzichten kann, sondern sie geradezu voraussetzt und daß diese Systeme nicht unkoordiniert von vielen einzelnen, sondern nur von Organisationen verteidigt und reformiert werden können, die über eine hinlängliche Identität, über Sachkompetenz, über Durchsetzungskraft und über Führungspersonen verfügen, von denen Orientierung und Integrationskraft ausgeht. Das aber kann im politischen Raum nur von der SPD und im vorpolitischen Raum nur von den Gewerkschaften geleistet werden.

Wir haben bereits gelernt, daß die organisatorischen Probleme der SPD dort am größten sind, wo der Strukturwandel und der sogenannte Individualisierungsschub am weitesten fortgeschritten sind. Und wir bemühen uns gerade dort in besonderem Maße um die Werbung neuer Mitglieder. Wir wissen auch, daß an die ehrenamtlichen Funktionäre und die hauptamtlichen Mitarbeiter ganz neue Anforderungen gestellt werden. Deshalb werden wir für die Mitarbeiter spezielle Lehrgänge einrichten, aus denen im Laufe der Zeit eine Parteischule neuen Typs hervorgehen soll. Und wir haben schließlich auch damit angefangen, die Arbeitsweise unserer Ortsvereine und der Parteigliederungen insgesamt zu erneuern und weiterzuentwickeln. Denn uns ist

durchaus bewußt, daß manch überkommene Rituale und die übertriebene Beschäftigung mit sich selbst vor allem für junge Menschen und für Frauen, die neu zu uns kommen, keine Attraktivität mehr entfalten. Wir wissen auch: Mehr und mehr Menschen wollen selber etwas tun und nicht nur Resolutionen darüber fassen, was andere tun sollen. Wir wollen deshalb unsere Fenster und Türen öffnen und die Möglichkeiten zum Mittun erweitern. Und wir strengen uns auch an, damit Hand in Hand mit der Erhöhung des Frauenanteils die soziale und altersmäßige Schichtung unserer Mitgliedschaft wieder stärker der sozialen und altersmäßigen Schichtung der Gesamtbevölkerung entspricht.

Wegen der geschilderten Umbrüche können wir nicht mehr mit der früheren Selbstverständlichkeit davon ausgehen, daß die Angehörigen der in den Gewerkschaften und der Partei nachwachsenden Generation ähnliche Sozialisationsprozesse durchlaufen haben und aufgrund ihrer Verwurzelung in den gleichen Lebenswelten über annähernd gleiche Bewußtseinsstrukturen verfügen. Wie können wir uns dennoch bei der *Bewältigung dieser Aufgaben* — unter voller Wahrung der jeweiligen Eigenverantwortung - wirksamer als bisher helfen? Ich habe dafür keine Patentrezepte. Aber vier Dinge scheinen mir wichtig:

1. Die beiderseitigen Berührungsflächen müssen vergrößert, der wechselseitige Informationsfluß muß verbreitert werden. Die Sitzungen des Gewerkschaftsrates und die wechselseitigen Grußworte bei Parteitag und Kongressen sind wichtig; ebenso die regelmäßigen Arbeitsbegegnungen auf Bundesebene. Aber das ist nicht genug. Auf allen anderen Ebenen einschließlich der örtlichen und der betrieblichen Ebene muß entsprechend verfahren werden. Wir müssen gegenseitig früher und intensiver wissen, was beim jeweils anderen vorgeht. Dieses Wissen ist nicht mehr selbstverständlich. Es muß sozusagen organisiert werden. Der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen kommt dabei und im ganzen Bereich des Verhältnisses zwischen der SPD und den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu.

2. Auch wenn die Mitgliedschaft in der SPD nicht an die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft gebunden ist, muß es selbstverständlich bleiben - und notfalls wieder werden -, daß SPD-Mitglieder, die Arbeitnehmer sind, zugleich auch einer Gewerkschaft angehören. Das gilt vor allem für Funktionäre, für Mandatsträger und auch für Parteitagsdelegierte. Der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad der SPD-Bundestagsfraktion gibt dafür ein gutes Beispiel. Vorstände, aber auch Parteitage sollten sich ruhig von Zeit zu Zeit mit dieser Frage beschäftigen oder durch die Mandatsprüfungskommissionen die entsprechenden Feststellungen treffen lassen.

3. Umgekehrt sollten sich alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre die Frage vorlegen, ob sie nicht zugleich einer politischen Partei angehören und sich in ihr auch engagieren sollten. Natürlich muß jedem einzelnen die Entscheidung frei bleiben, welche Partei das in

seinem Falle ist. Für nicht wenige wird allerdings wohl nur die SPD in Betracht kommen. Und die sollten diesen Schritt dann auch tun. Dabei denke ich nicht nur daran, daß die Gewerkschaften wohl nur auf diesem Wege eine hinreichende Präsenz in den Parlamenten erlangen können. Sondern auch daran, daß Einflußnahme innerhalb der SPD und auf die SPD noch immer in erster Linie von der Teilnahme am breiten Prozeß der Willensbildung in den Ortsvereinen und Unterbezirken und nicht so sehr von Einwirkungen von außen oder von gelegentlichen Vorhaltungen im Rahmen von Spitzengesprächen abhängt.

4. Schließlich ist gerade jetzt die Mitarbeit der Gewerkschaften am neuen Grundsatzprogramm besonders wichtig. Was hier in der Diskussionsphase und in der Phase versäumt wird, in der die zweite Fassung des Entwurfs entsteht, läßt sich später nur mit Mühe nachholen. Und wenn irgendwo, dann muß die fortdauernde Übereinstimmung in den Zielen hier deutlich werden.

Die personellen Voraussetzungen dafür sind nicht ungünstig. Am Irseer Entwurf haben immerhin unter anderen Hermann Rappe, Franz Steinkühler und Ilse Brusis mitgearbeitet. Sie gehören auch der neuen Programmkommission an; Ilse Brusis sogar als deren stellvertretende Vorsitzende. Es liegt an den Beteiligten, was sie daraus machen.

#### Aussichten

Die Raffinierteren unter unseren Gegnern und auch einige Gutwillige behaupten gelegentlich, die SPD und die Gewerkschaften seien in der Vergangenheit notwendig gewesen. Aber jetzt gehe ihre Epoche zu Ende. Sie hätten alles erreicht, was sie sich einmal vorgenommen hätten. Ich halte das für einen fundamentalen Irrtum. In Wahrheit bedürfen die ökonomischen und technologischen Prozesse stärker denn je der gesellschaftlichen Kontrolle; ist es gefährlicher denn je, diese sich immer mehr beschleunigenden Prozesse dem Selbstlauf zu überlassen. Es ist auch die Frage, welche gesellschaftliche und politische Macht die an diesen Prozessen Beteiligten aufzubringen vermögen, unverändert relevant und letzten Endes ausschlaggebend. Neben den sozialen Kriterien bedarf es für diese Kontrolle mehr und mehr auch der ökologischen und der humanen Kriterien. Dem Sozialstaatsprinzip muß das Prinzip der Erhaltung der Natur um ihrer selbst willen und dem Prinzip der individuellen Verantwortung das Prinzip der Verantwortung der heutigen Menschheit gegenüber den ungeborenen Generationen an die Seite gestellt werden. Wer hätte die geschichtliche Legitimation und die Kraft, diese Aufgaben zu bewältigen, wenn nicht diejenigen, die in den letzten hundert Jahren die soziale Bändigung des ökonomischen Selbstlaufs der Kapitalverwertung als Aufgabe erkannt und gegen alle Widerstände vorangebracht haben? Also die deutsche Sozialdemokratie in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung.

Die Größe der Aufgabe, die vor uns liegt, möge uns deutlich machen, was wir uns an wechselseitigen Konflikten leisten können und was nicht. Sie möge

uns aber auch erkennen lassen, wie sehr wir uns umeinander bemühen müssen. Damit das Urteil der Geschichte nicht eines Tages lautet: Gewogen und zu leicht befunden. Sondern: An ihren Aufgaben gewachsen und ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht geworden.